



Arbeitsmaterial

Grund, Weg und Ziel einer Solidarischen Ökonomie

Beitrag von

Hans-Jürgen Fischbeck

zur Akademie auf Zeit Solidarische Ökonomie

Heppenheim 25.27.9.2009

Stand 6.2. 2009

Grund, Weg, und Ziel einer Solidarische Ökonomie

1. Der Grund: Eine Alternative zum Kapitalismus ist lebensnotwendig

Der Ostblock mit seinem dirigistisch geprägten Staatssozialismus, der sich selbst als die bessere Alternative zum marktwirtschaftlich geprägten Kapitalismus des Westens verstand, hat sich durch seinen Zusammenbruch als welthistorischer Irrtum erwiesen. Voreilig und erleichtert hat man im Westen das siegreiche eigene kapitalistische System als die richtige Antwort auf die Zukunftsfrage der Menschheit gepriesen und die Systemfrage damit als endgültig beantwortet angesehen und entsprechend tabuisiert, so als wäre eine dritte Alternative zu beiden undenkbar. Jeder, der sie trotzdem stellte, wurde sofort als „Ideologe“ etikettiert und ignoriert. Entsprechend vermied man das ideologisch belastete Wort ‚Kapitalismus‘ und sprach lieber von ‚Marktwirtschaft‘, wobei man stillschweigend Marktwirtschaft und Kapitalismus identifizierte, so als wäre eine andere als eine kapitalistische Marktwirtschaft ebenfalls undenkbar. So kleidete man die Konsequenz aus dem Zusammenbruch des Staatssozialismus in die These: *Zur Marktwirtschaft gibt es keine Alternative.*

Dies geschah, obwohl sich die Anzeichen einer globalen sozialen und ökologischen Krise nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus eher noch verschärft hatten. Zwar war die gegenseitige atomare Vernichtungsdrohung überwunden, aber die Systemfrage erhebt sich gegen alle Tabuisierungsversuche dennoch unabweisbar, denn die sich verschärfenden Krisensymptome müssen nun dem siegreichen globalisierten kapitalistischen System allein angelastet werden.

Die einen glauben, man könne die unheilvollen *Symptome* kurieren, indem man dem globalisierten Kapitalismus mit Hilfe internationaler Verträge einen politischen Rahmen setzt, um die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards gegen die Marktkräfte zu erzwingen. Dies ist das Konzept der „globalen Marshall-Plan-Initiative“ mit der Leitvorstellung einer weltweiten „öko-sozialen Marktwirtschaft“, die aber wieder Kapitalismus und Marktwirtschaft in eins setzt.

Die anderen sind mit uns der Überzeugung, daß es nicht mehr genügt, an den Symptomen zu kurieren, weil der Kapitalismus bis ins Mark ungerecht und nicht-nachhaltig ist, so daß die Ziele des Konziliaren Prozesses der Kirchen – Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung – in diesem System nicht erreichbar sind.

Die durch die Hypotheken-Krise in den USA ausgelöste weltweite Finanzkrise offenbart nun aber doch schwerwiegende strukturelle Fehler des Finanzkapitalismus. Wenn die Steuerzahler vornehmlich in den USA, Europa und Japan durch ihre Regierungen mit tausenden Milliarden Dollar in Haftung genommen werden müssen, um den Zusammenbruch des ganzen

Finanzsystems zu verhindern, dann ist das ein Versagen des auf Verschuldung, Verzinsung und folglich leistungsloser Selbstbereicherung gegründeten kapitalistischen Geldsystems. Dieses hat sich von der Realwirtschaft so weit gelöst, daß eine umfassende Deckungskrise nach der Abschaffung der Golddeckung des Dollars nur noch eine Frage der Zeit sein konnte. Sie ist nun eingetreten.

Dabei ist der Strukturfehler des real existierenden Geldsystems leicht zu erkennen, und es ist kaum zu fassen, daß er von der herrschenden Wirtschaftswissenschaft nicht thematisiert, sondern verdrängt worden ist. Der eigentliche Sinn des Geldes besteht ja darin, als universelles Tauschäquivalent für den Handel mit Waren und Dienstleistungen zu dienen, der sich sinnvoll und selbstreguliert auf Märkten abspielt. Daraus folgt aber, daß es ein Deckungsverhältnis der umlaufenden Geldmenge zum Gesamtumfang des Waren- und Dienstleistungsangebots geben muß. Wenn man nun aber das Geld selbstbezüglich macht, was schon durch Zinsnahme geschieht, und darüber hinaus auch das Geld mit Geld an *Kapital*-Märkten handelt und mit möglichst hohen Renditen vermehrt, dann geht dieses Deckungsverhältnis unweigerlich verloren. Schon durch den Zinseszins entsteht ein exponentielles Wachstum der Geldvermögen. Das wiederum übt auf die Realwirtschaft einen unmittelbaren Wachstumszwang aus, der aber mit dem exponentiellen Wachstum der Geldvermögen nicht Schritt halten kann. Tatsächlich zeigen alle einschlägigen Statistiken, daß die Realwirtschaft auf allen Ebenen im Mittel nur linear, die Geldvermögen aber exponentiell wachsen. So ist das Entstehen von Geldblasen unvermeidlich, die häufig spekulativ genutzt werden, bis sie mangels Deckung platzen.

Insgesamt ist festzustellen:

1

Unter dem ehernen Gesetz des Finanzkapitalismus, das da lautet: **aus Geld muss mehr Geld werden,**

- werden die Reichen reicher und die Armen ärmer und zahlreicher,
- wird den Gewinnern gesagt, sie hätten ihr Geld „verdient“ und den Verlierern eingebleut, sie hätten versagt und seien selber schuld,
- entsteht eine Spaltung der Weltgesellschaft in Vermögende, Arbeitende und Erwerbslose in analoger Weise auf internationaler, nationaler, regionaler und individueller Ebene, wobei Unterschiede durchweg eher verschärft als ausgeglichen werden,
- wird die Gesellschaft folglich entsolidarisiert,
- wird ein realwirtschaftlicher Wachstumszwang erzeugt, der auf die Dauer desaströse Folgen für die soziale, ökologische und ökonomische Entwicklung hat,
- werden natürliche Ressourcen ohne Rücksicht auf Nachhaltigkeit bis zur Erschöpfung ausgebeutet,
- werden im (finanz-)marktwirtschaftlichen Wettbewerb um höchste Renditen Habsucht und Unredlichkeit stimuliert,
- sind die Banken mehr oder weniger gezwungen, u. U. mit schlecht gesicherten („subprime“) Krediten zu handeln, nur um das (Blasen-) Geld irgendwie anzulegen,
- wird das Geld zum Maßstab aller Dinge, zum „Mammon“ im biblischen Sinne.

All dies wird verschleiert und verdrängt, wenn gesagt und allseits geglaubt wird, *zur Marktwirtschaft gäbe es keine Alternative.*

Unsere Akademie will dazu beitragen, das Tabu der Alternativlosigkeit zu brechen, den Schleier vor den nackten Tatsachen und den Unerträglichkeiten des Kapitalismus wegzuziehen und zu zeigen:

Doch, zum Kapitalismus gibt es eine Alternative.

- ***Eine bessere Wirtschaftsform, Solidarische Ökonomie, ist möglich.***

2. Das Ziel: eine solidarische lebensdienliche Ökonomie

In der neoliberal-kapitalistischen Ökonomie ist Eigennutz und Konkurrenz das alles beherrschende Prinzip. Solidarität ist darin *systemfremd* und muß dem System durch staatliche Sozialgesetzgebung erst aufgezwungen werden. Das wird dann soziale Markt-

wirtschaft genannt und vom neoliberalen Marktfundamentalismus entsprechend kritisiert.

Wir fragen aber nach einer Wirtschaftsweise, in der Solidarität systemkonform ist.

Unbestreitbar besteht die gesellschaftliche *Aufgabe* der Wirtschaft darin, allen Menschen in Leistung und Gegenleistung einen menschenwürdigen Lebensunterhalt zu gewährleisten, wobei die noch nicht, nicht mehr oder überhaupt nicht Leistungsfähigen solidarisch mitzutragen sind. In der kapitalistischen Ökonomie aber ist das *Ziel* des Wirtschaftens nicht die Erfüllung dieser Aufgabe, sondern die Mehrung des Eigentums der Kapitaleigner. Vor allem darum entbrennt ja auch der Konkurrenzkampf. Die Vorstände von Wirtschaftsunternehmen sind dementsprechend nicht der Gesellschaft gegenüber für die Erfüllung ihrer Aufgabe verantwortlich, sondern ausschließlich den Kapitaleignern. Aufgabe und Ziel des Wirtschaftens klaffen folglich im Kapitalismus unheilbar auseinander.

Solidarische Ökonomie aber soll dem Leben dienen und nicht vorrangig dem Kapital.

Deshalb muß ihr Ziel die Erfüllung der genannten eigentlichen Aufgabe der Wirtschaft in Verantwortung gegenüber der Gesellschaft in ihren Gebietskörperschaften sein. In der

neoliberal globalisierten Ökonomie aber geht jeder Bezug zu gesellschaftlichen Gemeinwesen, seien es Kommunen, Regionen oder gar Nationen tendenziell verloren. Sie ist somit strukturell verantwortungslos. Dementsprechend hat die Politik ihr Primat gegenüber der globalisierten Wirtschaft bereits weitgehend verloren und in der WTO geradezu aufgegeben. Solidarische, d.h. verantwortete Ökonomie muß daher re-regionalisiert werden, um ein Verantwortungs- Verhältnis zwischen Wirtschaft und Gesellschaft in ihren regionalen Gliederungen wiederherzustellen, ohne die Notwendigkeiten und Vorteile einer vernetzenden Globalisierung außer acht zu lassen. Dazu ist ein *duales Währungssystem* aus regionalen Währungen und einem globalen Währungssystem konvertibler Nationalwährungen geeignet.

Als Bedingung für die Möglichkeit von sozialökonomischer Gerechtigkeit ist das

Prinzip der Leistungsdeckung unabdingbar, und zwar in zweifacher Hinsicht:

1. Weil Geld seiner eigentlichen Bestimmung nach allgemeines Tausch-*Äquivalent* für Sach- und Dienstleistungen aller Art sein soll, muss, wie schon bemerkt, die umlaufende Geldmenge durch den Gesamtumfang des Waren- und Dienstleistungsangebots gedeckt sein. Das schließt selbstbezügliche Geldvermehrung aus, weil sie das Geld von der Realwirtschaft zwangsläufig abkoppelt.

2. Einkommen aller Art sollen durch Leistungen ihrer Bezieher gedeckt sein (Leistungsgerechtigkeit). Dabei steht allen Menschen als Menschenrecht unabhängig von ihrer Leistung ein existenzsicherndes Grundeinkommen zu. Damit sind leistungslose Gewinne insbesondere aus selbstbezüglich (d.h. exponentiell) wachsenden Geldvermögen ausgeschlossen.

Diese beiden Konsequenzen aus dem Prinzip der Leistungsdeckung bedeuten nicht mehr und nicht weniger als eine tiefgreifende Umformung des bestehenden Wirtschaftssystems, denn sie betreffen die Geld- und Eigentumsordnung, auf denen der Kapitalismus beruht.

3. Der Weg: Das Potential einer Wende zum Besseren stärken

So einsichtig und plausibel das Prinzip der Leistungsdeckung als Voraussetzung für solidarische Ökonomie ist, so klar ist auch, daß es wegen seiner revolutionären Konsequenzen politisch nicht durchsetzbar ist, solange das bestehende System strukturell stabil ist. Hinzu kommt, daß die Politik nicht zuletzt durch die enorme Staatsverschuldung von der Wirtschaft so abhängig geworden ist, daß sie ihr Primat gegenüber der Wirtschaft weitgehend verloren hat. Deshalb ist eine qualitative, d.h. strukturelle Änderung des kapitalistischen Wirtschaftssystems erst möglich, wenn es in eine globale Destabilisierungskrise gerät, von der wir angesichts der Finanzkrise, der Hungerkrise und der Klimakrise vermutlich nicht weit entfernt sind. Schon 1986 schrieb C.F. v. Weizsäcker² in seiner Schrift zum Konziliaren Prozess der Kirchen: „Die Menschheit befindet sich in einer Krise, deren katastrophaler Höhepunkt wahrscheinlich noch vor uns liegt. Deshalb ist entschlossenes Handeln nötig.“

Entscheidend dafür, dass es in der kommenden globalen Destabilisierungskrise nicht zu einem

katastrophalen Zusammenbruch kommt, sondern dass sich eine Wende zu einem konstruktiven Neuanfang ergibt, ist die rechtzeitige Herausbildung neuer lebensdienlicher Paradigmen und Strukturen als Kristallisationskeime einer neuen Ordnung der Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit.³

Das ist folglich der Weg, den wir gehen wollen:

Die Herausbildung und Stärkung eines lebensdienlichen Wendepotentials durch

- Bewusstseinsbildung auf allen Ebenen
- das Zusammenführen von bereits vorhandenen Ansätzen solidarischer Ökonomie und
- Bildung von „Enklaven“ solidarischer Ökonomie etwa durch genossenschaftlich arbeitende Betriebe, durch Einführung regionaler zinsfreier Komplementärwährungen und viele andere Bausteine einer Solidarischen Ökonomie.

Ein Entwurf für eine konkretere Richtungsansage Solidarischer Ökonomie liegt vor (siehe Text „Entwurf und Richtungsansage einer Solidarischen Ökonomie“).

¹

Art. 14 des Grundgesetzes stellt lapidar fest: „Das Eigentum wird gewährleistet,“ ohne zwischen selbst erarbeitetem und

leistungslos erworbenem Eigentum zu unterscheiden, was leistungslose Gewinne ermöglicht, weil „vermögenswerte Rechte“

stillschweigend als Eigentum gelten und dadurch in die grundgesetzliche Garantie einbezogen sind.

²

C. F. v. Weizsäcker, Die Zeit drängt, Hanser 1986, S. 114.

³

Die synergetische Systemtheorie lehrt, daß Stabilität eines Systems bedeutet, daß es sich im Minimum einer geeignet

definierten Aufwandsgröße befindet. Sie hängt als Ordinate von vielen Parametern als Abszissen ab, die einen hochdimensionalen Zustandsraum aufspannen. In diesem Zustandsraum befinden sich i.a. noch viele andere Minima, die

ebenfalls andere, alternative Zustände des Systems darstellen. In einem Minimum sind durchaus allerlei Varianten,

„Fluktuationen“ genannt, möglich, die aber höheren Aufwand kosten und deshalb nur kurzreichweitig und –lebig sind. Das

wird anders, wenn das System instabil wird dadurch, daß das stabilisierende Minimum flacher und flacher wird oder gar

Breschen entwickelt. Dann erst ist der Übergang in ein anderes Minimum – eine Änderung des Systems – möglich. In

welches der vielen möglichen anderen Systeme mit einem tieferen Minimum geringeren Aufwandes das instabil gewordene

System übergeht, hängt entscheidend von den vorhandenen „Fluktuationen“ ab, die sich in der Situation der Instabilität

kooperativ ausbreiten und dadurch stark werden können.

In der Weltwirtschaftskrise 1929/30 war es zum Unheil der Geschichte die Nazi-Bewegung, die in die Katastrophe des 2.

Weltkrieges geführt hat. In der friedlichen Revolution des Jahres 1989 in der DDR war es zum Glück der Geschichte die

Friedens-, Menschenrechts- und Umweltbewegung, die sich unter dem Dach der Kirche gebildet hatte, die den *gewaltlosen*

Anstoß zum Sturz des SED-Regimes gegeben hat.